



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wollen uns hüten, zu prophezeien. Doch scheint uns, wenn wir die Vergangenheit recht deuten, daß die Resultate großer politischer Erfolge in der idealen Arbeit einer Nation erst dann ihre besten Früchte reifen, wenn diese Erfolge als ein ruhiges Wohlgefühl in die Seelen übergegangen sind. Eine gewisse heitere Ruhe bedarf nicht nur der Dichter, auch der Gelehrte, der in großer Arbeit die Thätigkeit vergangener Menschen zu deuten unternimmt.

Es war die Signatur der nächsten Vergangenheit, einer unbefriedigten, gedrückten, unruhig heischenden Zeit, daß sich dem Gelehrten und noch mehr dem reizbaren Dichter in Stoff und Charakter seiner Arbeiten die socialen und politischen Forderungen des Volkes übermächtig eindrängten. Nur zu oft hat das beflissene Streben, eine Tendenz zu exemplifiziren, die heitere Wärme verringert, welche jeder Arbeit nöthig ist, die menschliches Leben abzubilden unternimmt. Möge jetzt den Seelen ruhigere Sammlung werden. Den Dichtern aber ist jetzt der beste Rath, daß sie frischweg bilden, was ihnen das Herz warm macht, und in künstlerischem Schaffen weder um Vergangenheit der Literatur, noch um die Bedürfnisse des Bundesstaats und irgend welche Forderungen der Gegenwart sorgen. Sind sie tüchtige Gesellen, so wird auch bei weit abliegendem Stoff und in behaglichem Gestalten des Kleinsten, ohne daß sie es selbst wissen, der Gewinn sichtbar werden, welchen eine große Kräftigung des nationalen Lebens jedem Zeitgenossen mittheilt. Gerade jetzt, wo die Politik unter den Interessen der Nation oben ansteht, soll der Dichter das Recht des schönen Schaffens mit Selbstgefühl und treu gegen seine Kunst vor seinem Geschlecht geltend machen.

In diesem Blatte erschienen vor Jahren die Ansichten des Verfassers über die romantische Schule, das junge Deutschland und zahlreiche Schriftsteller der Gegenwart im ersten Wurf als wirkungsvolle Artikel. Von neuem freuen sich die Grenzboten, daß ein so stattliches Werk bei ihnen seinen Anfang nahm, und sie senden dem Verfasser heut in alter Freundschaft wieder ihren Glückwunsch zu.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende November.

Während das Verhältniß des französischen Kaiserthums zu den gebildeten Klassen des französischen Volks täglich unbehaglicher zu werden scheint, die Anzeichen wachsenden Einflusses der oppositionellen Parteien sich mehren, geheimnißvolle Verhaftungen mit Demonstrationen und Maueranschlägen entschiedenen revolutionären Charakters wechseln, sind Presse und Diplomatie der pariser

Regierung unausgesetzt mit dem Conferenzvorschlage und mit Bethenerungen der günstigen Aufnahme desselben bald „bei der Mehrzahl der Mächte“, bald „bei sämmtlichen Staaten zweiten Ranges“ beschäftigt. Man sollte glauben, Napoleon III. habe alle seine Zukunftshoffnungen auf diese eine Karte gesetzt und gedanke mit Hilfe dieser dem Va banque, welches ihm von allen Seiten zugerufen wird, Stand halten zu können. Das zweite Empire hat den Eindruck eines in seinem Selbstvertrauen erschütterten politischen Körpers zu keiner Zeit in so ausgesprochener Weise gemacht, wie während der abgelaufenen Novemberwochen. Der Entschluß zu einer Einmischung in die italienischen Dinge ist den leitenden Staatsmännern Frankreichs so schwer geworden, von so zahlreichen Schwankungen und Meinungsveränderungen begleitet gewesen, daß sich klar durchsehen ließ, die Regierung fühle sich von der öffentlichen Meinung, der man in besseren Zeiten so oft und so selbstzufrieden ins Angesicht geschlagen, vollkommen abhängig. Kaum sind die französischen Truppen in Civitavecchia gelandet, die ersten Bataillone gegen die Freiwilligen von Mentana ins Feuer geführt, so beeilt Marquis de Moustier sich bereits, aller Welt zu erklären, Frankreich sei nicht gewillt, die in seinen Händen liegende römisch-italienische Frage eigenwillig zu lösen, es fühle das Bedürfniß, Europas Meinung zu hören und Verantwortung wie Entscheidung in die Hände eines Congresses niederzulegen. Und an diesem Congressgedanken wird von den Leitern der Geschicke Frankreichs mit einer Zähigkeit festgehalten, die etwas von der Energie der Todesangst hat. Man ladet Alle, die Großen wie die Kleinen ein, damit wenigstens Einige kommen; nachdem wochenlang von einer Conferenz die Rede gewesen, welche einen entscheidenden Machtanspruch thun sollte, wird schließlich erklärt, wenn es nicht anders sein könne und die streitenden Theile sich zu einer Unterordnung unter diesen Orakelspruch nicht entschließen könnten, habe man nichts dawider, wenn die Conferenz die streitige Frage bloß diskutire und Meinungen über dieselbe austausche. Unter aller und jeder Bedingung soll die Conferenz zu Stande kommen; mit oder ohne Programm, zu Discussionen oder zu Beschlüssen, mit der Zustimmung oder gegen die Wünsche der Betheiligten, in Paris oder in München — die französische Regierung muß den Kammern mit einem Erfolg, mit Beweisstücken dafür entgegentreten, daß der Staat noch nicht um seinen europäischen Einfluß gebracht sei. Unterdessen hat die Unzufriedenheit der Feinde am heimischen Heerde so beträchtlich zugenommen, daß jeder Morgen von einem neuen Ausbruch des Volkswillens zu erzählen hat: die Bewegung gegen das Detroy wird nicht mehr von Arbeitern und Proletariern, sondern von Fabrikanten und Notabeln getragen, im quartier latin ist von einem neuen „reveil du lion“ ernstlich die Rede und auf den Straßen wird so laut „Vive Garibaldi“ und „A bas l'étrangère“ gerufen, daß der Chef der kaiserlichen Palastpolizei nicht mehr leugnen kann, diesen ominösen Ruf gehört zu haben. Die Kammern

treten zusammen, der Kaiser eröffnet sie mit einer friedlichen Rede voll liberaler Wünsche und mit sichtlichlicher Schonung der Empfindungen der Partei, die die Einheit Italiens unterstützt hatte; die Expedition wird als Maßregel zur Vertheidigung der Nationallehre bezeichnet. Sofort thut sich der Unwille derselben Clericalen, denen zu Liebe man die unliebsame Expedition unternommen, in entschiedenster Weise kund und verlangen die Bischöfe ein energischeres und unzweideutigeres Eintreten für den heiligen Vater. Die Blau- und Gelbbücher werden ausgegeben und eine neue Verlegenheit liegt vor, noch ehe die angemeldeten Interpellationen Jules Favres zur Entscheidung gekommen: die der Volksvertretung vorgelegten Aktienstücke liefern den Beweis, daß das Regierungsorgan die öffentliche Meinung in zwei Fragen von höchster Bedeutung absichtlich in die Irre geführt hat und daß das Garibaldi'sche Unternehmen gegen Rom von der Regierung, welche es bekämpfte, wenigstens indirect mitverschuldet worden ist. Für die Legion von Antibes ist allen Moniteurversicherungen zum Troß unter Zulassung der Regierung durch die Hirtenbriefe französischer Bischöfe geworben worden und der General Dumont ist (zuwider der ausdrücklichen Bethuerung desselben Moniteur und des Kriegsministers) mit dem bestimmten Auftrag nach Rom gesendet worden, den Zustand der päpstlichen Zuavenregimenter zu untersuchen und die gelockerte Disciplin dieser Truppe im Auftrage der französischen Regierung wiederherzustellen. Es ist dadurch nicht nur der Beweis geliefert worden, daß man das Volk absichtlich getäuscht hat; für die Thatsache, daß Frankreich die Septemberconvention noch viel directer verletzt hat, als Italien, liefert die officielle Depeschensammlung selbst die schlagendsten Argumente und es bedarf nur noch einer geschickten Hand, damit dieselben zur festen Beweiskette zusammengesügt werden. — Während sich die Wolken für die bevorstehenden Debatten des Corps legislatif auf diese Weise dicht zusammenziehen, herrschen im kaiserlichen Lager Noth und Verwirrung: der linke Flügel der Imperialisten, dessen am Schluß der vorigen Session ausgesprochene Mahnungen unberücksichtigt gelassen worden, zeigt nichts von der früheren Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Regierungspolitik, selbst Emil Ollivier, auf den man längere Zeit hindurch in den Tuileries ziemlich unbedingt rechnen zu dürfen glaubte, erklärt dieses mal mit der Opposition gehen zu wollen und verlangt in die Reihen derselben aufgenommen zu werden. Im Schoß des Ministeriums und des Geheimraths macht sich der Mangel an wirklichen Talenten immer peinlicher fühlbar — die alte Garde der Schicksalsgenossen des Staatsoberhaupt's, hat gerade die tüchtigsten ihrer Glieder durch den Tod verloren, andere wie Walewski und Lavalette können sich dem herrschenden System nicht mehr bedingungslos anschließen. Rouher, der „Vice-Kaiser“ der letzten Session, hat die Finanzen Herrn Magne übertragen müssen, von dem die eigenen Freunde nicht viel erwarten, und der neue Minister Pinard eröffnet seine Thätigkeit mit Preßmaßregelungen, die,

ohne zu nützen, Del ins Feuer gießen. Was sich an Männern von Talent und Charakter für die Sache des Buonopartismus gewinnen ließ, wird aber fast ausnahmslos in den höchsten Regierungsstellen angetroffen, auf selbstlose und unabhängige Freunde hat eine Regierung, deren Devise die Alliance des Throns mit der Masse gegen die in der Mittelklasse vertretene Elite der Nation war, nicht gerechnet und nicht rechnen können. Der Senat, in welchem die große Masse der gesinnungslosen Anhänger des gegenwärtigen Systems sitzt, kann der Regierung in Zeiten, wie die gegenwärtigen sind, absolut keine Stütze bieten; daß sich selbst die Interpellation über die römische Frage, welche von dieser Körperschaft beschlossen worden, in die Form eines schüchternen Danks für die Rettung des Papstthums gehüllt, daß man in einem Athem eine Maßregel für höchst aner kennenswerth erklärt und doch nach den Consequenzen derselben gefragt hat, das kann die Achtung der Nation vor dieser Vertreterin des Volkswillens und der Staatsinteressen nur noch tiefer herunterbringen und muß dem Ansehen der Regierung, welche diese Form der Patrie geschaffen hat, eher schaden, denn nützen.

Und den Sturm, der durch eine so lange Reihe von Mißgriffen hervorgerufen worden ist, der sich nicht mehr gegen die gegenwärtige Politik des Kaiserthums, sondern gegen das System und die gesammte Vergangenheit desselben richtet, diesen glaubt man beschwören zu können, wenn man eine Conferenz ohne Programm und ohne beschließende Competenz irgendwo und irgendwie zu Stande bringt? So groß die Neigung des französischen Volks, sich durch diplomatische und militärische Erfolge über innere Schäden beruhigen zu lassen, auch sein mag, — daß es dem Kaiser gelingen werde, durch eine mühselig zu Stande gebrachte, aller Wahrscheinlichkeit nach erfolglose Diplomatenversammlung den anschwellenden Strom in das alte Bett zurückzuführen, das verlorene „Prestige“ wiederzugewinnen, das werden auch die zuversichtlichsten Optimisten nicht zu hoffen wagen. Und trotz aller officiösen und officiellen Versicherungen ist das Zustandekommen dieser Conferenz auch zur Stunde noch nicht gesichert. Die eigentlichen Stützen dieses Unternehmens, Herr v. Dalwigk in Darmstadt und Marschall Narvaëz in Madrid, scheinen wenig geeignet, die Zurückhaltung der Großmächte zu überwinden: in Deutschland wird der darmstädter Premier schon seit lange für einen Mann gehalten, „mehr geeignet von Sünden abzuschrecken als zu ihnen anzureizen“, und der Gegensatz seiner Haltung zu der der übrigen deutschen Mittelstaaten kann für ihn selbst ebenso ominös werden, wie für das gesammte Projekt. Es will wenig sagen, wenn versichert wird, der Papst habe der Conferenz zugestimmt; wenn die Curie erklärt, sie sehe jene Versammlung nur als Gelegenheit zum Meinungs austausch an und werde ihre Stellung zu derselben je nach dem Inhalt dieser Meinungen modificiren, so nimmt sie mit einer Hand, was die andere gegeben, und die Abneigung, aus welcher Preußen, Eng-

land und Rußland schon gegenwärtig kein Hehl machen, kann dadurch, daß dem europäischen Aroepag a priori jedes Recht zu definitiven Entscheidungen abgesprochen wird, nur verstärkt werden. Es ist charakteristisch genug, daß diejenigen Mächte, welche sich stark und gesund fühlen, keine Neigung spüren, an der Einmischung in fremde Händel Theil zu nehmen, während die schwachen und die in ihrer gegenwärtigen Form der Existenz bedrohten Staaten, Oestreich an der Spitze, nicht abgeneigt sind, eine diplomatische Diverſion im Stil der Restaurationszeit zu unternehmen und dem französischen Bedürfniß nach Ableitung der Volksaufmerksamkeit von inneren Fragen Vorschub zu leisten.

Parallel mit der römisch-italienischen Verwickelung und dem Zusammentritt der französischen Kammern ist die Abwicklung der süddeutschen Zoll- und Alliance-Angelegenheit und die Einberufung der neugewählten preussischen Volksvertretung gelaufen. Preußen hatte nur nöthig gehabt, einen Augenblick mit seiner Drohung, den Zollverband für den Fall der Ablehnung seiner Vorschläge zu sprengen und die Widerstandslust, zu welcher sich bayrische Pairs und schwäbische Commons gegenseitig ermuthigt hatten, war gebrochen. Daß in Süddeutschland mindestens die Regierungen etwas von der Verlegenheit gelernt haben, in welche sie durch ihre zweideutige Haltung gerathen waren, das hat sich neuerdings in Sachen des französischen Congressvorschlages gezeigt; sie haben sich (Darmstadt allein ausgenommen) mit größeren und geringeren Modificationen der Haltung Preußens angeschlossen und werden der pariser Einladung sicher nur Folge leisten, wenn man ihnen in Berlin dazu das Beispiel gegeben hat. — Zunächst haben wir uns mit den gewonnenen Resultaten zu begnügen, aber diese sind bedeutend genug, um uns für den verzögerten Eintritt Badens in den norddeutschen Bund, der die Folge einer momentanen Sprengung des Zollbündnisses gewesen wäre, überreichlich zu entschädigen. Daß Preußens Vorgehen in der Zollangelegenheit von der überwiegenden Mehrzahl der gebildeten und wohlhabenden Classen des süddeutschen Volkes gebilligt und unterstützt worden ist, kann an und für sich für einen folgenreichen Schritt zu dem Ziel vollständiger deutscher Einigung gelten. Die Particularisten und Clericalen Bayerns und Württembergs haben ihre Entfremdung von den wahren Volksinteressen so rücksichtslos und offen dokumentirt, daß alle diejenigen, welche etwas zu verlieren haben, ihre Augen auf den sonst so mißtrauisch und feindlich angesehenen Norden richten mußten, daß den Kurzsichtigsten der Unterschied zwischen den Interessen des süddeutschen Volks und der süddeutschen Parteien klar werden mußte. Hat die überwiegende Majorität der Süddeutschen den Zwang gebilligt, welchen Preußen in einer wirthschaftlichen Frage auf die anti-nationalen Regierungen und Parteien ausgeübt hat, — warum sollten sie es außer der Ordnung finden, wenn die gleiche Pression dereinst ausgeübt wird, wo es sich um die höchsten idealen Güter Deutschlands handelt? Die partikularistische

Demokratie, ohne Zweifel die einflußreichste der feindlichen Parteien jenseit des Main, geht seit der Schlappe, die sie beim Beginn dieses Monats erhalten, mit Riesenschritten ihrem Bankerott entgegen und hat schon heute nur über die Hälfte der Mittel zu verfügen, welche ihr noch vor wenigen Wochen zu Gebote standen. Wenn die schwäbischen Demokraten der Politik, welche sie neuerdings einzuschlagen begonnen haben, nur einige Zeit lang treu bleiben und fortfahren, das Ministerium Barmbühler gegen jeden freisinnigen Antrag, den die Nationalen einbringen, zu unterstützen, so sind sie binnen kurzem ein Generalstab ohne Armees. — Aber auch innerhalb des norddeutschen Bundesstaats haben die Gegner der nationalen Sache entschiedenes Unglück, arbeiten sie ihren gehassten Gegnern direkt in die Hände. Das Material, aus welchem Blätter vom Schlage der Zukunft und der Sächsischen Zeitung ihre Seide spinnen, wird von Woche zu Woche dünner, — es giebt immer weniger Anzeichen für die „nahe bevorstehende große Reaction“ gegen den „Cultus des Erfolgs“ zu registriren, die Berichte über allgemeinen Unwillen gegen die neuen Institutionen werden matter und seltener, und man nimmt seine Zuflucht bereits zu Klagen über Einführung eines gemeinsamen Münzfußes in den verschiedenen Theilen des Staats und bejammert vom Standpunkt berechtigter historischer Eigenthümlichkeiten aus die gewaltsame Beseitigung der altgewohnten Guldenrechnung. In Sachsen hat das Verfahren der „konservativen“ ersten Kammer gegen den Bürgermeister Dr. Koch zu einem Entrüstungsturm geführt, dessen Wogen über das Bett der nationalliberalen Partei hinausspülen und alle liberalen Elemente, auch die specifisch sächsischen, mitfortreißen. Eine wirkliche Macht hat die radicale Demokratie nur noch in einigen der alten Provinzen Preußens hinter sich, daß dieselbe aber auch hier in der Abnahme und zwar in einer ziemlich raschen begriffen ist, hat das Resultat der letzten Wahlen bewiesen, die noch beträchtlich konservativer als die des Sommers 1866 ausgefallen sind und der Rechten die Möglichkeit geboten haben, im Präsidium durch einen der Vicepräsidenten vertreten zu werden. Dieser Umstand wird die Aufmerksamkeit der Liberalen um so mehr verdienen, als die zum erstenmale im preussischen Parlament vertretenen neuen Provinzen, wenn sie nicht Partikularisten nach Berlin sandten, so überwiegend im nationalliberalen Sinne gewählt haben, daß der Zuwachs der Conservativen ausschließlich auf Rechnung des Ideenumschlags in Altpreußen kommt. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die Gouvernmental-Conservativen bestrebt sind, sich durch Concessionen an die Forderungen des Socialismus in den arbeitenden Klassen zu verstärken und gewisse radicale Elemente im Kampf gegen den Liberalismus zu verwerthen. Sehr beachtenswerth ist in dieser Beziehung ein Artikel der Nordd. Allg. Ztg. vom 27. Nov., der seine Befriedigung darüber ausspricht, daß Löwe-Galbe sich in einem Vortrag über die sociale Frage auf den Boden, den die conservative Partei bezüglich der

socialen Frage einnehme, begeben und der liberalen Theorie dem Unterschiede zwischen Staat und Gesellschaft energisch widersprochen habe. Ausfälle dieser Art und Convinzen an die Lassallesche Auffassung der Arbeiterfrage lehren in dem officiösen berliner Organ periodisch wieder und verdienten es wohl, von den Vertretern des liberalen Oekonomismus aufmerksamer als bisher berücksichtigt zu werden. Schon gelegentlich der Wahlen zu dem letzten Reichstag haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß eigentlich alle Parteien in gleich incorrecter Weise mit den Socialisten Geschäfte gemacht haben, angeblich um dieselben zu ihren Zwecken zu benutzen. Geschäfte dieser Art schlagen nicht selten wider Vermuthen aus. Die Erfahrungen, welche Frankreich in den vierziger Jahren mit den Socialisten gemacht hat, die die Demokratie zu ihren Zwecken auszubeuten glaubte, um schließlich von denselben überwuchert zu werden, sie sind ernst genug gewesen, um unsern Parteien das Gewissen zu schärfen und ein für alle Mal zur Warnung vor gefährlichem Spiel zu dienen. Reactionäre aller Gattungen und Arten haben ihre Blicke seit Jahren auf die sociale Frage gerichtet und die Abhandlungen, welche die historisch-politischen Blätter von Zeit zu Zeit über dieselbe veröffentlichen (das neueste Heft enthält einen interessanten Artikel über die sociale Frage auf dem pariser Congreß) könnten ebenso gut in einem der gouvernementalen Journale Berlins stehen.

Der Zusammentritt der preußischen Volksvertretung ist fast gleichzeitig mit der nochmaligen Verurtheilung Twestens erfolgt und wird diese sich mit jenem Prozeß wahrscheinlich schon beschäftigt haben, wenn diese Blätter in die Hände ihrer Leser kommen. Ueber die Sache selbst ist nichts mehr zu sagen: daß ein Urtheil dieser Art in einem preußischen Gerichtshof möglich war, ist unserer Ansicht nach noch lange nicht so schlimm, als daß ein preußischer Justizminister einen Prozeß dieser Art gegen einen der patriotischsten Männer des Staates, eine der zuverlässigsten Stützen der nationalen Politik durch wiederholte Apellationen fortzusetzen gewagt hat. Das alte „il y a des juges à Berlin“ ist seit lange aus dem Volksmunde verschwunden und es wird einer fortgesetzten und schwierigen Arbeit bedürfen, ehe der alte Ruhm preußischer Gerichtshöfe in sein früheres, durch beinahe zwei Jahrzehnte geschmälertes Recht wieder eingesetzt werden kann. Schäden dieser Art sind nicht im Handumdrehen auszumärzen, — wenn aber politische Mißgriffe (die sich dadurch repariren ließen, daß ein Staatsanwalt rechtzeitig ohne Auftrag zur Anwendung von Rechtsmitteln gelassen wird) unausgeglichen bleiben und periodisch wiederkehren, so kann das nicht hart genug verurtheilt werden. Daß es das Abgeordnetenhaus auch dieses Mal nicht an Versuchen fehlen lassen wird, dem Ministerium des Grafen zur Lippe den Boden auszuschlagen, darauf kann mit Sicherheit gerechnet werden, — der Erfolg wird freilich so zweifelhaft bleiben, wie er es von je gewesen. Sehr viel schwieriger ist die Frage,

was aus dem Twestenschen Prozeß und der neuerdings beliebten Auslegung des § 84 der Verfassung werden soll. Die Anträge, welche der Abg. Lascker in dieser Beziehung gestellt hat, haben wenig Aussicht, vielleicht noch weniger Anspruch darauf, angenommen zu werden. Daß die in Vorschlag gebrachte Niederschlagung jenes Prozesses in der beantragten Weise nicht möglich sei, ist von allen Seiten anerkannt worden und kann für ausgemacht gelten, gegen den Vorschlag zu einer veränderten Fassung des § 84 hat die Volkszeitung neuerdings aber höchst beachtenswerthe Bedenken vorgebracht. Die Veränderung des bisherigen Wortlautes würde einer Anerkennung der bisherigen Zweideutigkeit desselben allerdings nahe kommen: nicht weil die Lage mißliebiger Kammerredner für den Fall einer Abweisung des Lasckerschen Antrags durch Regierung oder Herrenhaus verschlimmert würde — weil das Abgeordnetenhaus die rechtliche Möglichkeit einer Auslegung des § 84 im Sinne des Grafen Lippe nicht einräumen darf, scheint uns jene Bill höchst bedenklich zu sein. Durchaus unwürdig aber wäre es, wollte die Regierung sich dazu hergeben, aus dem § 84 einen Handelsartikel zu machen und die Lasckersche Fassung — wie ihr neulich von einem „Conservativen“ in der Kreuzzeitung gerathen wurde — unter der Bedingung zu approbiren, daß die Diätenlosigkeit auch für das Abgeordnetenhaus bewilligt würde; daß ein parlamentarischer Körper die Redefreiheit seiner Glieder mit klingender Münze bezahlte, wäre in der That unerhört, und so überzeugt wir davon sind, daß der Verzicht auf die Diäten sich mit der Zeit durchsetzen wird und durchsetzen muß, so verwerflich scheint es uns, denselben für die Anerkennung eines in der Natur der Sache liegenden Rechts eintauschen zu wollen. — Neben der Twestenschen Angelegenheit steht für die preussischen Kammern noch die Berathung des Budgets pro 1868 für den nächsten Monat auf der Tagesordnung. Die Berathung im Plenum ist gegen die abweichende Meinung der Linken und der Partikularisten auch dieses Mal angenommen worden. Die Abneigung der Majorität gegen die vorläufige Prüfung in einer Commission, hat, wie uns scheint, eine vorzugsweise symbolische Bedeutung; bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Hauses dürften praktische Gründe, als Befürchtungen vor einseitigen Streichungsgelüsten der Linken u. s. w. kaum berechtigt erscheinen. Daß das Budget noch vor Schluß des Jahres 1867 zu Stande gekommen sein müsse, ist an und für sich allerdings wünschenswerth, kann aber nicht für ein durchschlagendes Motiv gegen die Berathung in einer Commission gelten wollen. Die Budgetverhandlungen selbst werden ihr reiches Interesse indessen auch in der gegenwärtig beschlossenen Gestalt behalten. — Während man in Paris und Berlin noch mit Vorbereitungen zu den parlamentarischen Winterfeldzügen beschäftigt ist, sind die Verhandlungen des wiener Reichstags bereits auf dem Höhepunkt ihrer Bedeutung angelangt. Der Ausgleich mit Ungarn ist seinen Hauptpunkten nach angenommen, der Dualismus aus einer vollendeten zu

einer rechtlich anerkannten Thatsache geworden. Nach den neuesten Nachrichten aus dem Kaiserstaat sind seit dem Rücktritt des k. k. Botschafters in Rom, Freiherrn von Hübnér auch die Verhandlungen über Umgestaltung des Concordats im Gange und ist die Aussicht auf eine Verständigung bezüglich desselben beträchtlich größer geworden. Es liegt ziemlich nahe, die Erfolge, welche Herr v. Beust in Sachen Ungarns und gegen die Agitation der Bischöfe neuerdings erfochten hat, mit der gesteigerten diplomatischen Thätigkeit des Reichskanzlers in Beziehung zu setzen. Die Kaiserreise nach Paris, der Besuch, den der leitende Staatsmann in London gemacht hat, das Circular über die Harmonie französischer und österreichischer Anschauungen in allen schwebenden Fragen, die — wie es heißt — bedingungslose Annahme der Einladung zur Conferenz, — alles läßt darauf schließen, daß Herr v. Beust den Zeitpunkt zur Aufnahme einer politischen Thätigkeit im großen Stil für geeignet hält. Daß man zu Wien selbst anderer Ansicht ist und die Arbeit an der Heilung der schweren innern Schäden des Kaiserreichs durch keinerlei diplomatische Diverstonen zu stören wünscht, soll dem Kanzler von den Führern der liberalen Partei des Reichstags ziemlich unzweideutig gesagt worden sein. Und mit Recht, denn die Gefahr internationaler Konflikte ist für den Staat ohnehin da. Die Fragen der großen Politik, an denen der Thätigkeitsdrang des Freiherrn sein Geschick üben kann, werden für Oesterreich nicht aus Westen, sondern aus Osten kommen; das Feuer im Orient — *éteignez la lumière et rallumez le feu* — brennt unaufhaltsam weiter und wird um so gefährlicher, als es nicht in hellen Flammen ausschlägt, sondern seine Arbeit fast unbemerkt thut und dadurch allen Feuerlärm verhindert. — Zur Zeit ist von der orientalischen Frage und von den Slaven Oesterreichs und der Türkei in Rußland allerdings nicht häufig die Rede. Im Mittelpunkt der russischen Interessen steht die Revision des Zolltarifs; während im übrigen Europa der Stand der Industriellen und Kaufleute der Bahnbrecher des Freihandelsystems geworden ist, bemüht sich der mit der Industrie identisch gewordene Protektionismus hier im Bunde mit der Nationalpartei und der Mehrzahl aller unabhängigen Organe der Presse, die Regierung von jeder Herabsetzung der Zollfuhr abzuschrecken und das bisherige Absperrungssystem zu verewigen. Neben der Verhandlung über die Tarifrevision werden der Verkauf der Nikolaibahn und die Concessionirung neuer südrussischer Bahnen eifrig betrieben; gleichzeitig wird in Polen der alte Kalender und für die Staatsbehörden der Ostseeprovinzen die russische Sprache eingeführt. Es bedarf aber nur einer regelmäßigen Lektüre derjenigen russischen Journale, welche den leitenden Kreisen nahe stehen und die russische öffentliche Meinung beherrschen, um zu wissen, daß die Blicke der nordischen Großmacht und ihres Volks nichts destoweniger und unausgesetzt auf den Bosphorus gerichtet sind, daß man in Moskau und Petersburg besser als sonst irgendwo über die Vorgänge auf Kreta und am

Fuß des Balkan, über die Bewegung unter Serben, Kroaten und Ruthenen unterrichtet ist. Rußlands Zukunft im Südosten und das Bündniß mit den slawischen Brüdern in West und Süd sind die consequent festgehaltenen Grundgedanken, welche die Politik der moskauischen Zeitung charakterisiren und von dieser als Säulen jeder nationalen Staatskunst gepriesen werden, um Millionen von gläubigen Anhängern in allen Schichten der Gesellschaft — die höchsten nicht ausgenommen, — zu finden. Unter den verschiedensten Formen wird dieses Thema unaufhörlich variirt: handelt sich um die römische Frage, so wird auf das Wünschenswerthe guter Beziehungen zu Frankreich (von Preußen ist nie anders, als im Ton absichtlicher, fast mißtrauischer Kälte die Rede) hingewiesen „aber unsere wahren, absolut zuverlässigen Allirten sind doch nur die slawischen Brüder an der Donau und am Bosporus“, — wird über die friedlichen Thronreden der Beherrscher Frankreichs und Preußens berichtet, so lautet der Refrain, „ob die Westeuropäer Friede mit einander halten, kann uns gleichgültig sein, der Friede, welchen wir brauchen ist die brüderliche Einigung mit den Stammesgenossen“ u. s. w. Nicht mit Unrecht macht das Organ der russischen Nationalpartei geltend, daß Rußland der einzige Staat sei, welcher ein wirklich lebendes Interesse an den Vorgängen im europäischen Südosten habe, daß es den übrigen Großmächten nur darauf ankomme, möglichst glimpflich über augenblickliche Verlegenheiten hinweg zu kommen. In Westeuropa spielt alles andere eine größere Rolle, als die Frage nach der Zukunft der Türkei, — Angelegenheiten von bloß lokaler Bedeutung prävaliren, sobald sie irgendwo auftauchen, vor den höchsten Interessen des Welttheils. Für Oestreich würde es am nächsten liegen, dem Beispiel Rußlands in dieser Beziehung zu folgen.

Die englische Thronrede, die dritte, welche während des abgelaufenen Monats gehalten worden ist, zeichnet sich, insoweit sie die europäischen Gesamtinteressen berührt, durch eine geschäftliche Kühle aus, die deutlich bezeichnet, daß die Abneigung gegen jede Betheiligung an continentalen Händeln bei den Britten habituell geworden ist. Seit das französische Kaiserthum aufgehört hat, eine Gefahr für das Inselreich zu sein und die englische Diplomatie sich der Mühe überhoben glaubt, ein westmächtliches Zusammengehen in den schwebenden Fragen um jeden Preis herbeiführen zu müssen, ganz besonders aber, seitdem Englands Wege sich von denen Frankreichs in Mexiko trennten und die englischen Staatsmänner sich als die schärfer sehenden ausweisen, ist die Nichtinterventionspolitik zum Range eines leitenden Grundsatzes der brittischen Staatskunst erhoben worden. Kaum daß man Frankreich zu Liebe noch die papiernen Feldzüge nach Polen und Schleswig unternahm. Das Fiasko, das Lord Russell damals mit seinen Depeschen gemacht hat, haben sich auch die Tories, deren Tradition auf Beschäftigung mit continentalen Angelegenheiten hinwies, zur Lehre

gereichen lassen, und neben dem glücklich erzielten Parteicompromiß in Sachen der Parlamentsreform ist es ganz besonders diesem Umstande zuzuschreiben, daß die Derby, Stanley und d'Israeli aller gegentheiligen Prophezeiungen zum Trotz 18 Monate lang im Amte geblieben sind und Aussicht haben sich noch länger zu erhalten. Die Kälte und Rücksichtslosigkeit, mit welcher die englischen Minister ihre Bedenken gegen die Conferenz im Unterhause geltend gemacht haben, ist darum Niemand eine Ueberraschung gewesen; das Verhältniß zu Frankreich ist seit lange in das Gleis ruhigen Nebeneinandergehens gerückt worden und das Erblichen des kaiserlichen Sterns ist nicht geeignet, zur Auffrischung der alten entente cordiale einzuladen. Von den Depeschen, welche die englischen Blaubücher dem Herkommen gemäß auch noch gegenwärtig enthalten, nehmen die auf Aebessinien bezüglichen Aktenstücke den größten Raum und das hauptsächlichste Interesse in Anspruch!

Es ist herkömmlich, die englische Zurückhaltung von Fragen der großen Politik als mit der Würde und Ehre einer Großmacht unvereinbar zu halten. Und doch steht dieselbe in naher Beziehung zu der großen Veränderung, welche sich seit den letzten zehn Jahren im internationalen Leben unseres Continents vollzogen hat. Seit das alte System der europäischen Politik aufgelöst, die Grundlage für ein neues System der internationalen Beziehungen noch nicht gewonnen worden ist, sind alle Versuche großer und kleiner Diplomaten, die Geschichte der einzelnen Glieder unseres Welttheils von einem Punkte aus zu regeln, erfolglos zu Boden gefallen: in der luxemburger Angelegenheit ist kein Schiedspruch gefällt, sondern ein Compromiß der Betheiligten herbeigeführt werden, wie er bezüglich der römisch-italienischen Frage absolut unmöglich ist. Bevor nicht das Fundament eines neuen Staats- und Völkerrechtes gefunden ist, das wiederum die freie Consolidation der einzelnen Völker zur Voraussetzung hat, ist jedes Bemühen, die europäischen Fürsten zu Richtern darüber zu machen, in wie weit die Wünsche der einzelnen Völker mit der allgemeinen Wohlfahrt vereinbar sind, vergeblich und dazu unberechtigt. Das fühlen sämmtliche europäische Cabinette mit mehr oder minderer Klarheit, und daß England dieser Abneigung gegen Verhandlungen ohne Grundlage und greifbares Ziel zuerst und am deutlichsten Ausdruck gegeben hat, scheint uns darauf hinzuweisen, daß der älteste Rechtsstaat des Welttheils die lebhafteste Empfindung für eine Forderung der Neuzeit hat, die sich durchsetzen wird, mag die gegenwärtig projektirte Conferenz zu Stande kommen oder nicht. Bevor die einzelnen Völker unseres Welttheils sich naturgemäß konstituirt haben, ist jedes Bemühen, ihre inneren Verhältnisse durch die Gesamtheit zu regeln vergeblich, das gegenwärtige Stadium der Isolirung eine berechtigte innere Nothwendigkeit.